

NIEDERSCHRIFT Nr.: 31/L

über die Sitzung der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen

- öffentlicher Teil -

am **Mittwoch, 13.06.2018, um 16.00 Uhr**

31. Sitzung in der 19. Legislaturperiode

Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr

Sitzungsende: 17:43 Uhr

Anwesend:

Vertreter des Senats

Herr Staatsrat Schulz

Herr Staatsrat Siering

Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen

Frau Sybille Bösch

Herr Robert Bücking

Frau Sina Dertwinkel für Frau Susanne Grobien

Herr Mustafa Güngör für Herrn Elias Tsartilidis

Herr Jörg Kastendiek (Vorsitzender)

Herr Andreas Kottisch

Herr Sascha Lucht

Frau Dr. Henrike Müller

Herr Dr. Volker Redder für Frau Lencke Steiner

Herr Dieter Reinken

Herr Klaus-Rainer Rupp

Herr Christian Schäfer

Herr Frank Schildt

Von der Verwaltung

Herr Boye

Herr Brunßen

Herr Drücker

Frau Jansen

Frau Krumsee-Budde

Herr Dr. Kühling

Frau Lamot

Frau Dr. Lübben

Herr Meyer

Frau Schuster

Herr Sengstake

Herr Tschupke

Herr Wiebe

Gäste

Herr Heyer (WFB)

Herr Göbel (WFB)

Herr Haustein (WFB)

Abg. Kastendiek eröffnet die Sitzung der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen – öffentlicher Teil.

Herr Brunßen weist darauf hin, dass der TOP 19 Land - öffentlich - zu TOP 3 Land - nicht öffentlich - verschoben wurde.

Abg. Kastendiek merkt an, dass der TOP 9 der städtischen Deputation - öffentlicher Teil - aufgrund der kurzfristigen Nachreichung nicht berücksichtigt werden konnte und somit keine Behandlung der Vorlage zugelassen werden könne.

Abg. Reinken sieht angesichts der Kürze der Vorlage mit einer Kenntnisnahme im Beschluss keine Behandlungshindernisse.

Abg. Kastendiek lässt über den Antrag der CDU-Fraktion auf Aussetzung der Vorlage 19/523-5 abstimmen.

Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt. Die Beschlussfassung erfolgt gegen die Stimmen der VertreterInnen der CDU, die Linke, FDP und der LKR-Gruppe.

TOP 1a Genehmigung der Niederschrift Nr. 29/L über die Sitzung der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen - öffentlicher Teil - vom 18.04.2018

Beschluss:

Die Niederschrift wird einstimmig genehmigt.

TOP 1b Genehmigung der Niederschrift Nr. 30/L über die öffentliche Sondersitzung der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen vom 30.05.2018

Beschluss:

Die Niederschrift wird einstimmig genehmigt.

An die Deputation

TOP 2 Bericht über die gemeinsame Informationsreise des Ausschusses für Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen und der Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nach Rotterdam

Vorlage Nr. 19/543-L/S

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt die Vorlage zur Kenntnis und stimmt der Weiterleitung des Reiseberichts an den Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft einstimmig zu.

TOP 3 Immobilie für Abteilung 5 - Gewerbe- und Marktangelegenheiten beim Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen

Vorlage Nr. 19/524-L/S

Vorab wird eine Austauschseite verteilt.

Herr Wiebe führt in das Thema ein. Er gibt an, dass eine neue Unterkunft aufgrund der Integration der neu geschaffenen Abteilung sinnvoll sei und unter anderem das Platzangebot und die baulichen Gegebenheiten am jetzigen Standort unzureichend seien.

Abg. Kastendiek weist darauf hin, dass im Vorfeld hätte erkennbar sein können, dass bei der Entstehung bzw. Erweiterung der Abteilung zusätzliche Kosten entstünden. So zum Beispiel durch zusätzlich benötigtes Personal oder Büroeinrichtungsgegenstände. Zudem halte er die Mietdauer von 15 Jahren für kritisch.

Dep. Dr. Redder schließt sich den Ausführungen von **Abg. Kastendiek** an und hinterfragt, warum Anmeldungen bezüglich der Gewerbeangelegenheiten nicht online ablaufen können. Dies stelle einen kostengünstigeren Ablauf dar und spare an Personal.

Herr Wiebe weist darauf hin, dass es sich bei dem Mietpreis um einen gängigen Marktpreis handle. Des Weiteren führt er an, dass sich der Raumbedarf unabhängig zu den Bestrebungen zur Digitalisierung verhalte, da diese Themen parallel zu behandeln seien.

Abg. Kastendiek erfragt, an welchem Standort die Abteilung bzw. das Aufgabengebiet zuvor angesiedelt gewesen sei.

Staatsrat Siering führt an, dass das Prostituiertenschutzgesetz (ProstSchG) ein komplett neues Aufgabenfeld der Abteilung 5 sei und somit auch mehr Personal für die Abteilung benötigt werde. Dieser Umstand führt dazu, dass die Räumlichkeiten des bisherigen Standortes in der Stresemannstraße zu knapp seien. Eine Immobilie mit ausreichendem Platzangebot sei unabdingbar, um die Arbeitsabläufe gewährleisten zu können. Ergänzend dazu sei aufgrund des neu hinzugekommenen Aufgabenbereiches ProstSchG eine gewisse Anonymität für die Klientel zu wahren. Eine solche Anonymität werde ebenfalls durch die neue Immobilie ermöglicht.

Abg. Rupp merkt an, dass ihm das Inventar in Höhe von 200.000€ und somit die Kosten von ca. 4000€ pro Arbeitsplatz sehr hoch erscheinen.

Herr Wiebe entgegnet, dass diese Summe ebenfalls gängige Werte für einen Arbeitsplatz seien und außerdem einige Neuanschaffungen im Rahmen des Umzuges zu tätigen seien, die einen solchen Preis rechtfertigen würden.

Beschluss:

1. Die städtische Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Anmietung der

Immobilie Sögestraße 31/33 über Immobilien Bremen zu.

2. Die städtische Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt

- a. der Nachbewilligung für die Mietkosten im Jahr 2018 (gesamt 101.776 €) in Höhe von 78.376 € zugunsten der neu einzurichtenden Haushaltsstelle 0700/518 51-7 „Mieten und Pachtzahlungen an das SV Immobilien und Technik (Objekt Sögestraße 31/33)“
- b. den Nachbewilligungen für die einmaligen Kosten (gesamt 315.000 €) in Höhe von 305.000 € zugunsten folgender Haushaltsstellen

0700/539 01-6 „Umzugs- und Verlegungskosten“	(15.000 €)
0700/700 05-4 „Kleine Um- und Erweiterungsbauten, größere Instandsetzungen“	(40.000 €)
0700/812 02-2 „Erwerb von Inventar“	(200.000 €)
0700/812 10-3 „Erwerb von Geräten, Ausstattungsgegenständen und ähnliches“	(50.000 €)

Die Einsparung der Mittel erfolgt aus folgenden Haushaltsstellen:

3751/531 20-5 „Sachkosten Projekt B38 Prostitutionsschutzgesetz (ProstSchG)
Handlungsfeld Bürgerservice“ in Höhe von 80.000 €

0801/881 10-6 „Zuweisungen an den Bund für Anpassungsmaßnahmen an der
Mittelweser“ in Höhe von 303.376 €

auf das Kapitel 3752 Marktverwaltung (BgA) entfällt ein Anteil von 23.400 € an den
Mietkosten (Zahlung aus dem BgA an das Land)

auf das Kapitel 3752 Marktverwaltung (BgA) entfällt ein Anteil von 10.000 € an den
einmaligen Kosten (Zahlung aus dem BgA an das Land)

- c. der Erteilung einer zusätzlichen Verpflichtungsermächtigung (VE) in Höhe von 14 2/3 Jahresbruttomieten für die Mietkosten in Höhe von insgesamt 4.478.144 € (jährl. 305.328 €) bei der neu einzurichtenden Haushaltsstelle 0700/518 51-7 „Mieten und Pachtzahlungen an das SV Immobilien und Technik (Objekt Sögestraße 31/33)“. Die VE wird aus der veranschlagten VE bei der Haushaltsstelle 0709/686 56-9 „EU-Programm EFRE 2014-2020 –konsumtiv- eingespart.

Die Abdeckung im Jahr 2019 in Höhe von 305.328 € erfolgt in Höhe von 60.000 € aus Mitteln des ProstSchG und in Höhe von 175.328 € aus den Anpassungsmaßnahmen an der Mittelweser. Auf das Kapitel 3752 – Marktverwaltung (BgA)- entfällt ein Anteil von 70.000 € an den Mietkosten.

Für die Jahre 2020 bis 2032 sind die Mittel im Rahmen der Haushaltsaufstellung in Höhe der Abdeckung der VE von jährlich 305.328 € und für 2033 der Betrag von 203.552 € entsprechend zu veranschlagen.

zu.

3. Die städtische Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen die erforderlichen Beschlüsse des Haushalts- und Finanzausschusses über die Senatorin für Finanzen einzuholen.

Die Beschlussfassung erfolgt gegen die Stimmen der VertreterInnen der Fraktionen der CDU, FDP und LKR-Gruppe-Bremen sowie bei Enthaltung der VertreterInnen der Fraktion Die Linke.

TOP 4 EFRE-Programm Land Bremen 2014 - 2020:

ESA BIC North Germany: Aufbau und Betrieb eines Start-up Inkubators für die Raumfahrt in Bremen

Vorlage Nr. 19/527-L

Beschluss:

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Förderung der Maßnahme „ESA BIC North Germany: Aufbau und Betrieb eines Start-up-Inkubators für die norddeutsche Raumfahrt in Bremen“ zu und beschließt die Umsetzung mit einem Mittelvolumen von bis zu 1.400.000 EUR für den Aufbau der Infrastruktur.
2. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Förderung der Maßnahme „ESA BIC North Germany: Aufbau und Betrieb eines Start-up-Inkubators für die norddeutsche Raumfahrt in Bremen“ gemäß den Vorgaben des ESA-Inkubationsprogramms zu und beschließt die Umsetzung mit einem Mittelvolumen bis zu 750.000 EUR.
3. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt dem Eingehen von Verpflichtungsermächtigungen gemäß der Anlage für die oben genannten Maßnahmen und den sich daraus ergebenden Vorbelastungen für die Haushaltsjahre 2019 i.H.v. 600.00 EUR, für 2020 i.H.v. 655.000 EUR und für 2021 i.H.v. 695.000 EUR zu.
4. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, eine Befassung des Haushalts- und Finanzausschusses über die Senatorin für Finanzen einzuleiten.

Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

TOP 5 EFRE-Programm 2014 - 2020

Quartiersmeisterei Lehe in Bremerhaven 2015-2020

Evaluierung und Mittelbereitstellung

Vorlage Nr. 19/528-L

Herr Boye führt in die Vorlage ein. Die Quartiersmeisterei sei im Rahmen der Förderachse 4 des EFRE Programms 2014 eingerichtet worden. Sie diene als zentrale Anlaufstelle im Quartier, beziehe Anwohnerinnen und Anwohner in die Stadtteilentwicklung ein und aktiviere die relevanten Akteure für eine positive Quartiersentwicklung. Die Quartiersmeisterei Lehe habe sich bewährt, daher sollte sie weitergeführt werden.

Abg. Bösch äußert, dass die SPD die Quartiersmeisterei Lehe begrüße, da den Problemen im Stadtteil Lehe entgegengetreten werde und dem Quartier sowie seinen Anwohnerinnen und Anwohnern eine bessere Perspektive geboten werden könne.

Dep. Dr. Redder erklärt, dass er die Konkretisierung der Inhalte nicht nachvollziehen könne. So sei seines Erachtens aus Seite 5 der Vorlage erkennbar, dass keine Erfolge vorliegen würden und aus Seite 6 erkennbar, dass es viele leerstehende Gebäude gebe. Des Weiteren hinterfragt er, warum die Evaluierung extern vergeben worden sei und was dort genau gemacht würde.

Staatsrat Schulz erklärt, dass es sich um ein besonders schwieriges Klientel in Bremerhaven-Lehe handle und die Aufgabe der Quartiersmeisterei daher unter anderem sei, ein optimales Umfeld zu schaffen und entsprechende Angebote für die Klientel zu bieten.

Dep. Dr. Redder merkt an, dass er die Vorlage unglücklich finde und es nicht verstehe, wodurch eine Besserung der Situation in Bremerhaven-Lehe entstünde.

Abg. Rupp meint, dass die Erfolgsquote von 22 % aus allen Kontakten eine gute Quote darstelle. Er ergänzt, dass einer ausdifferenzierten Bearbeitung von Stadtentwicklungsfragen intensive Arbeit bedürfe und einem sozialpolitischen Monitoring daher großer Bedeutung zukomme. Seines Erachtens gebe es keine Alternative zum Monitoring zur Bewältigung der dargestellten sozial- und stadtentwicklungspolitischen Aufgaben.

Beschluss:

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt den Beschluss des Senates vom 29.05.2018 zur Quartiersmeisterei Lehe in Bremerhaven zur Kenntnis.
2. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Weiterführung der Quartiersmeisterei Lehe in der dargestellten Weise zu.
3. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Finanzierung der Maßnahme für das Jahr 2018 aus EFRE-Mitteln in Höhe von 435.477 € bei der Haushaltsstelle 0709/985 76-0 „An Hast. 6782/385 17 für das EU-Programm EFRE

2014-2020 (konsumtiv)“ zu. 29.05.2018 zur Quartiersmeisterei Lehe in Bremerhaven zur Kenntnis.

4. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Erteilung einer zusätzlichen Verpflichtungsermächtigung (VE) in Höhe von 326.733 € bei der Haushaltsstelle 0709/985 76-0 „An Hast. 6782/385 17 für das EU-Programm EFRE 2014-2020 (konsumtiv)“ zu. Zum Ausgleich dieser zusätzlichen VE wird die bei der Hast. 0709/686 56-9 „EU-Programm EFRE 2014-2020 –konsumtiv–“ veranschlagte VE insoweit nicht in Anspruch genommen. Die Abdeckung der VE erfolgt in 2019 mit 162.636 € und in 2020 mit 164.137 € aus EFRE-Mitteln (nur EU-Anteil).

Die Beschlussfassung erfolgt bei Enthaltung des Vertreters der LKR-Gruppe-Bremen.

TOP 6 Jährlicher Tätigkeitsbericht WFB 2017

hier: Marketing und bremen.online

Vorlage Nr. 19/526-L/S

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt den vorgelegten Bericht zur Kenntnis.

TOP 7 Bericht zur Wirtschaftsförderung durch Wagniskapital Weiterleitung des Rechnungsprüfungsausschusses

Vorlage Nr. 19/529-L

Abg. Rupp merkt an und hinterfragt, warum die Trefferquote so hoch sei, obwohl es sich bei dem Kapital um Wagniskapital handle.

Abg. Kastendiek hält dies für eine berechtigte Frage.

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt Kenntnis von der durch den Rechnungsprüfungsausschuss übersandten Vorlage.

TOP 8 Investitionsförderung im Land Bremen Landesinvestitionsförderprogramm (LIP 2014)

Jahresbericht 2017

Vorlage Nr. 19/530-L

Abg. Kastendiek bemerkt, dass in der kommenden Legislaturperiode über eine modernere und zeitgemäße Berichterstattung zum LIP nachgedacht werden sollte und ob es sich bei der jetzigen Berichterstattung um die richtige handle oder ob moderne Kriterien der Berichterstattung gewählt werden sollten. Er stellt heraus, dass es sich mit dieser Anmerkung um einen Appell an die kommende Regierung handle.

Abg. Reinken führt aus, dass es sich um eine begrenzte Zahl an Förderfällen handle, durch die Fördermittel dennoch eine positive Wirkung erzielt werden könne. Er weist jedoch darauf hin, dass die positive wirtschaftliche Entwicklung Bremens nicht komplett mit dem LIP korrespondiere und stimmt daher der Anmerkung des Abg. Kastendiek zu.

Abg. Rupp hinterfragt, ob neben der Frage der Frauenarbeitsplätze, auch die Frage von Darlehens- oder Zuschussförderung zu besprechen sei, denn angesichts der steigenden Zuschussförderung müsse möglicherweise eine neue Balance geschaffen werden.

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt den Jahresbericht 2017 über die Investitionsförderung im Land Bremen zur Kenntnis.

TOP 9 Bericht über die Situation der mittelständischen Wirtschaft in der Freien Hansestadt Bremen 2017

Vorlage Nr. 19/542-L

Abg. Kastendiek hinterfragt, wie die auf Seite 5 der Vorlage beschriebenen Handlungsempfehlungen priorisiert werden sollen.

Dep. Dr. Redder hinterfragt, warum die Schlüsselzahlen auf Seite 3 im Bundesdurchschnitt deutlich höher seien als in Bremen.

Abg. Liess dankt für den Bericht und hält es für wichtig, dass ein solcher Bericht über mittelständische Unternehmen zusammengefasst werde. Es sei bereits bei der Verabschiedung des MFG (Mittelstandsförderungsgesetz) eine Überprüfung seiner Wirkungen vorgesehen gewesen. Daher schlage er eine Ergänzung des Beschlussvorschlages vor, mit der das Ressort beauftragt werden soll, das MFG zu überarbeiten.

Zur Identifizierung der wichtigsten Handlungsfelder fordere er eine breite Debatte ein. Insgesamt betont er abschließend die Bedeutung des Gesetzes.

Herr Tschupke erklärt in Richtung des Dep. Dr. Redder, dass der Beschäftigungseffekt wegen der großbetrieblichen Unternehmen höher als in Deutschland sei.

Er führt weiter aus, dass das Gesetz unter einer Ablauffrist stehe und vor diesem Hintergrund automatisch zu novellieren sei. In diesem Zuge würden die Wirkungen überprüft und geschärft. Die Novellierung werde sich nicht nur auf Gutachten, sondern auch auf Beiträge betroffener Akteure (Gründer, Fachkräfte) stützen. Erste Vorschläge seien in einer ersten gemeinsamen Runde mit Kammervetretern und Wissenschaftlern besprochen wurden.

Dep. Dr. Redder merkt an, dass die Wertschätzung des Mittelstandes von besonderer Bedeutung sei und mahnt in diesem Bezug an, dass der Bürgermeister bereits mehrere Treffen zu diesem Thema abgelehnt habe. Vor diesem Hintergrund werde der Mittelstand nicht

genügend wertgeschätzt.

Abg. Reinken entgegnet, dass Senator Günthner immer wieder mittelständische Unternehmen besuchen würde, wodurch unter anderem die Wertschätzung der mittelständischen Unternehmen wahrzunehmen sei. Des Weiteren merkt er an, dass man bezüglich der Sicht auf die Darstellung zwischen der subjektiven und objektiven Wahrnehmung unterscheiden müsse. Außerdem erklärt er, dass der Bericht feststelle, in welchen Bereichen der mittelständischen Unternehmen Verbesserungen anzustreben seien, merkt aber an, dass es sich dabei um einen kontinuierlichen Prozess der Verbesserung handle und das grundsätzlich ein positives Klima in den mittelständischen Unternehmen herrsche.

Abg. Schäfer äußert, dass er sich als Mittelständler nicht ausreichend wertgeschätzt fühle. Die kürzlich erfolgte Gewerbesteuererhöhung zur Haushaltskonsolidierung, künstlich generierte Staus durch eine unzureichende Verkehrspolitik, ein unattraktiver Standort, der von Fachkräften auch aufgrund des Bildungsniveaus gemieden werde, sowie spezifische Bundesgesetzgebungen erzeugten kein Gefühl der Wertschätzung.

Abg. Rupp hält die Aufteilung, alle Unternehmen mit unter 500 Mitarbeitern als kleines oder mittelständisches Unternehmen zu bezeichnen für zu grob. Diese Aufteilungen gewichteten zwischen den Unternehmen mit 100 oder 500 Mitarbeitern nicht hinreichend genug. Bezüglich der Auszubildenden merkt er an, dass die Auszubildendenzahlen in allen Bereichen geringer ausfallen würden, als dies im Jahr 2011 der Fall gewesen sei. Er stellt heraus, dass dieser Aspekt unzufrieden stellend sei und hinterfragt weiterhin, wie dieser Zustand trotz des allgemein reklamierten Fachkräftebedarfs geändert werden könne.

Dep. Dr. Redder weist darauf hin, dass die Anzahl an Ausbildungsplätze im Vergleich zum Bund gering ausfalle, diesbezüglich allerdings auch der demographische Wandel zu beachten sei, der eine mögliche Erklärung dafür liefern könne.

Abg. Kastendiek bittet den ergänzten Beschlussvorschlag zu formulieren. Die vorgegebene Frist bis zum Herbst 2018 hält er für sachgerecht.

Abg. Liess stellt eine Ergänzung des Beschlussvorschlages vor: Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen beauftragt, eine Novellierung des Gesetzes bis zum Herbst 2018 vorzunehmen.

Abg. Kastendiek stellt den ergänzten Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschluss:

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt den vom Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen beauftragten Bericht über die Situation der Mittelständischen Wirtschaft in der Freien Hansestadt Bremen 2017 zur Kenntnis.
2. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen beauftragt den Senator für

Wirtschaft, Arbeit und Häfen, bis zum Herbst 2018 eine Novellierung des Mittelstandsförderungsgesetzes vorzulegen.

Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

TOP 10 Zentrale Service- und Koordinierungsstelle für die Vergabe von Bau- und Dienstleistungen (zSKS) - Tätigkeitsbericht 2018

Vorlage Nr. 19/515-L

Abg. Kastendiek merkt an, dass die Zahlen des Tätigkeitsberichtes im Vergleich zu den Zielzahlen enttäuschend seien. Er gibt zu bedenken, dass eine große Chance verpasst worden sei, dass Vergabewesen effektiver zu gestalten. In diesem Zusammenhang weist er darauf hin, dass der Bürokratieaufwand im Zuge einer Vergabe bzw. Auftragsannahme nicht zu unterschätzen sei und Unternehmen daher öffentliche Aufträge nur annähmen, wenn sie auf diese Aufträge finanziell angewiesen seien.

Staatsrat Siering erwidert, das Ressort schaffe sukzessive die Strukturen für eine Vereinheitlichung des bremischen Vergabewesens. Mit der Einrichtung der zSKS habe sich die Situation bereits deutlich verbessert. So sei beispielsweise der Verwaltungsaufwand durch die Vereinheitlichung der Abläufe verringert worden. Mit den weiteren Schritten würden die Verfahren weiter zentralisiert werden. Insgesamt sei aus vielen Gesprächen mit Handwerksunternehmen im Jahr 2018 hervorgegangen, dass Bremen als geschätzter Auftraggeber gesehen werde.

Abg. Reinken merkt an, dass die Service- und Koordinierungsstelle als erster Schritt der Zentralisierung gesehen werden könne, eine zentrale Vergabestelle aber am Ende der Entwicklung stehe. Zudem äußert er, dass der Bericht gut sei, da insbesondere die Aufgabendarstellung, aber auch die bestehenden Schwierigkeiten dargestellt werden würden. Des Weiteren gibt er an, dass die Optimierung des Verfahrens ein langer Weg sei, bei dem vor allem die Rechtssicherheit zu beachten sei.

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt den Tätigkeitsbericht der zentralen Service- und Koordinierungsstelle für die Vergabe von Bau- und Dienstleistungen (zSKS) zur Kenntnis.

TOP 11 Beschäftigungspolitisches Aktionsprogramm: Fachkräftesicherung in der Altenpflege

Vorlage Nr. 19/489-L

Beschluss:

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Umsetzung eines

Modellprojektes zum Qualifikationserwerb in der Altenpflege für besondere, in den Arbeitsmarkt zu integrierende Gruppen (Langzeitarbeitslose, Geflüchtete, Alleinerziehende) im ESF-Programm für Menschen mit Migrationshintergrund, speziell geflüchtete Menschen zur Integration in Ausbildung und Beschäftigung, inkl. Sprachförderung "Integration in Bremen und Bremerhaven" zu.

2. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Nachbewilligung in Höhe von jeweils 200.000 € in den Jahren 2018 und 2019 zugunsten der neu einzurichtenden Haushaltsstelle 0305/684 46-5 „Fachkräftesicherung in der Altenpflege“ und zulasten der Haushaltsstelle Hst. 0410.684 14-4 „Projekt Fachkräftesicherung in der Altenpflege“ zu.
3. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Erteilung einer zusätzlichen Verpflichtungsermächtigung für das Jahr 2018 mit Abdeckung im Jahr 2019 in Höhe von 200.000 € bei der neu einzurichtenden Haushaltsstelle 0305/684 46-5 „Fachkräftesicherung in der Altenpflege“ zu.
4. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen über die Senatorin für Finanzen beim Haushalts- und Finanzausschuss die erforderlichen Beschlüsse herbeizuführen.

Die Beschlussfassung erfolgt gegen die Stimmen der VertreterInnen der Fraktion der CDU.

TOP 12 Beschäftigungspolitisches Aktionsprogramm: ESF-Programm für Menschen mit Migrationshintergrund, speziell geflüchtete Menschen zur Integration in Ausbildung und Beschäftigung, inkl. Sprachförderung "Integration in Bremen und Bremerhaven"

Vorlage Nr. 19/492-L

Abg. Bösch bedankt sich ausdrücklich für die Maßnahmen der Integration und merkt an, dass an den Maßnahmen unterschiedliche Stellen beteiligt seien. Sie halte es für eine sehr gute Leistung die Menschen sowohl in Bildung, wie auch in Arbeit zu bringen. Es stelle sich aber die Frage, ob über die geschilderten Maßnahmen hinaus weitere Maßnahmen erforderlich seien, wie etwa eine berufsbegleitende Sprachförderung.

Abg. Rupp hinterfragt, inwieweit die Lösung mit dem Problem vereinbar sei und wie weit der Fortschritt der Lösung sei. Des Weiteren fragt er, wie viele Ausbildungsplätze tatsächlich durch die Maßnahmen geschaffen würden. Zuletzt gibt er als Hinweis, dass die Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau aussagen würde, dass eine optimale niederschwellige Kinderbetreuung ebenfalls als Voraussetzung für die Integration zu beachten sei.

Frau Jansen erklärt, dass ein Sprachniveau der Stufe B nicht mehr zwingend als Einstel-

lungsvoraussetzung vorzuweisen sei, wie zum Beispiel im Bereich des Handwerks. Weiterhin äußert sie, dass insbesondere auch die Erfassung von Verständniskompetenzen von Bedeutung sei und in diesem Bereich möglicherweise nachgebessert werden müsse. Insgesamt ist jedoch festzuhalten, dass die Förderung zielgerecht sei und dafür auch die vorhandenen Strukturen des Bundes genutzt werden würden. Bezüglich der Frage zum Fortschritt bzw. der Inanspruchnahme des Programmes äußert sie, dass es dazu eine Vorlage gebe und die Nutzungszahlen hoch seien. Ob zusätzliche Ausbildungsplätze geschaffen werden würden, könne nicht beurteilt werden. Hinsichtlich der Kinderbetreuung sei der Kontakt zur Senatorin für Finanzen hergestellt, um neue Maßnahmen generieren zu können.

Beschluss:

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Planung des Programms „Integration in Bremen und Bremerhaven“ im BAP zu.
2. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt dem vorgesehenen Einsatz der Mittel im BAP (Fonds A.2) in Höhe bis zu 6,5 Mio. € zu.
3. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen über die Senatorin für Finanzen beim Haushalts- und Finanzausschuss die erforderlichen Beschlüsse herbeizuführen.

Die Beschlussfassung erfolgt bei Enthaltung der Stimmen der VertreterInnen der Fraktionen der FDP und der LKR-Gruppe-Bremen.

TOP 13 Fortsetzung der Ausbildungsgarantie - Bereitstellung von Landesmitteln für die Jahre 2018 bis 2022

Vorlage Nr. 19/506-L

Dep. Dr. Redder fordert eine Ausbildungsreifegarantie ein.

Abg. Rupp weist darauf hin, dass die gesetzten Ziele nicht wirklich erreicht worden seien. Er bittet um weitere Informationen über den Stand der Verhandlungen zu den Bremer Vereinbarungen.

Abg. Kastendiek äußert, dass die Weiterentwicklung der Ausbildungsgarantie vor dem Hintergrund veränderter Rahmenbedingungen zu beachten sei. Ihre Struktur sei an neue Anforderungen der Betriebe sowie den aktuellen Bildungsstand der Schulabgängerinnen und Schulabgänger anzupassen.

Abg. Böschen ergänzt, die veränderten Bedingungen hätten bereits Anpassungen der Maßnahmen nach sich gezogen. Die grundsätzliche Fragestellung sei, wie problembelastete, kompetenzarme Jugendliche in Ausbildung und Beruf integriert werden könnten. Des Weiteren führt sie an, dass die Ausbildungszahlen auch durch die Flüchtlinge quantitativ höher seien. Zudem merkt sie an, dass es eine klare Zuschreibung der Aufgaben geben

müsse und weitere Ausbildungsplätze über die Verbände unter dem Dach der Jugendberufsagenturen zu schaffen seien.

Abg. Rupp erläutert, dass angesichts der Situation ein Nachdenken über eine überbetriebliche Ausbildung, etwa in Form eines Berufsbildungsjahres stattfinden müsse. Er gibt zu bedenken, dass selbst die GeNo (Gesundheit Nord) aufgrund der Konkurrenzsituation unter den Unternehmen hinsichtlich der Ausbildungsplätze ihre Personalfuktuation aus eigener Ausbildung decken könne, weil die Ausbildung relativ teuer geworden sei.

Abg. Kastendiek hinterfragt im Rahmen der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung, ob der hauptsächliche Nutzen nicht beim Bund anfalle.

Frau Jansen antwortet, dass die Hilfe zum Lebensunterhalt zunächst der Bund zahle und Bremen erst durch die Kosten der Unterkunft beteiligt sei. Sie ergänzt, dass auch ein allgemeiner gesellschaftlicher Nutzen möglich sei.

Abg. Kastendiek stellt fest, dass der vom Abg. Rupp erbetene Bericht auf Bitte von Staatsrat Siering im September 2018 vorgelegt werde.

Beschluss:

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt den vorgeschlagenen Maßnahmen zu und gibt im Unterfonds C1 des BAP die benötigten Landesmittel entsprechend der oben ausgeführten Jahresbedarfe für die Fortsetzung der Ausbildungsgarantie im Jahr 2018 zu.
2. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Mittelinanspruchnahme in Höhe von insgesamt 1.674.560 € für das Jahr 2018 zu.
3. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt vorbehaltlich der Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses der Erteilung einer veranschlagten Verpflichtungsermächtigung bei Hst. 0305/684 60-0, Zuschüsse im Rahmen der Ausbildungsgarantie, in Höhe von 5.000.000 € sowie einer zusätzlichen Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 3.189.340 €, insgesamt in Höhe von 8,19 Mio. €, zu. Die Abdeckung dieser Verpflichtungsermächtigung erfolgt im Rahmen der zukünftigen Anschläge in Höhe von 3.907.840 € im Jahr 2019, 2.919.330 € im Jahr 2020, 1.221.300 € im Jahr 2021 und 140.870 Euro im Jahr 2022.
4. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen über die Senatorin für Finanzen beim Haushalts- und Finanzausschuss die erforderlichen Beschlüsse herbeizuführen.

Die Beschlussfassung erfolgt gegen die Stimmen der VertreterInnen der Fraktionen der FDP und der LKR-Gruppe sowie bei Enthaltung der VertreterInnen der Fraktion der CDU.

TOP 14 3 Jahre Jugendberufsagentur in der Freien Hansestadt Bremen - Bericht zum Sachstand

Vorlage Nr. 19/520-L

Abg. Dr. Müller äußert, dass sich eine Vorlage für den Gleichstellungsausschuss in der vergangenen Woche auch mit dem Thema befasst habe und diese sowie die Deputationsvorlage wechselweise den Gremien zur Kenntnisnahme zur Verfügung gestellt werden sollte.

Abg. Kastendiek befürwortet diese Verfahrensweise.

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt den Bericht zum Sachstand 3 Jahre Jugendberufsagentur in der Freien Hansestadt Bremen zur Kenntnis.

TOP 15 Verordnung zur Änderung der Lotsenordnung für das Hafenslotsenwesen in Bremerhaven

Vorlage Nr. 19/531-L

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Verordnung zur Änderung der Lotsenordnung für das Hafenslotsenwesen in Bremerhaven zu.

Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

TOP 16 Tourismusstrategie Land Bremen 2025

Vorlage Nr. 19/525-L

Auf Bitte des **Abg. Kastendiek**, der eine verbundene Beratung der Tagesordnungspunkte 16 und 17 anregt, gibt **Frau Dr. Lübben** eine ausführliche Einleitung in das Thema. Sie erklärt, dass seit Mai 2017 unter Beteiligung der touristischen Leistungsträger aus Bremen und Bremerhaven, Vertretern aus den Bereichen Kunst, Veranstaltungen, Sport, der Stadtteilinitiativen sowie Vertretern aus der Verwaltung und Politik die vorgelegten Tourismusstrategien für die Stadt und das Land Bremen 2025 erarbeitet wurden. Des Weiteren erläutert sie, dass nun die Umsetzung der in den Strategien genannten Maßnahmen und Projekte gemäß eines klaren Zeitplans in die Umsetzung gehen werden. In dieser Phase ist es wichtig, weiterhin mit den bisher beteiligten Leistungsträgern zusammenzuarbeiten. Zunächst führt sie an, dass beispielsweise die Wissens- und Erlebniswelten, der Fahrradtourismus, die Digitalisierung der Stadt und das Veranstaltungswesen wesentliche Elemente der Tourismusstrategie seien. In diesem Zusammenhang begrüßt sie auch speziell die Kooperationsgemeinschaft „Zwei Städte. Ein Land.“ und erklärt, dass diese Gemeinschaft wichtig für die Wahrnehmung Bremens als Zwei-Städte-Staat sei. Weiterhin erläutert sie,

dass die weitere Steigerung der Übernachtungs- und Veranstaltungszahlen, die Steigerung des Tagesgästevolumens, der Geschäftstourismus und die ganzjährige Attraktivität Bremens, als übergeordnete Leitziele der Tourismusstrategie anzuführen seien.

Abg. Rupp hinterfragt, warum das Themenfeld Sport nicht in der Tourismusstrategie enthalten sei, da viele sportliche Veranstaltungen in Bremen stattfinden und es somit sinnvoll sei, diese Nische im Konzept einzubinden.

Dep. Dr. Redder begrüßt grundsätzlich die Strategie, schließt sich allerdings den Ausführungen von **Abg. Rupp** an und erwähnt, dass auch der Bereich der Wirtschaft als Event fehle. Im Weiteren weist er auf den Fehler hin, dass auf den Seiten 2 der Vorlage und 9 der Anlage unterschiedliche Zahlen bei gleicher Darstellung aufgeführt sind.

Abg. Kastendiek äußert, dass die Einbindung von Stakeholdern als positiv zu bewerten sei. Als negativ bewertet er hingegen, dass dieser Prozess seines Erachtens vor 4 bis 6 Wochen verlassen worden sei. Außerdem wäre eine persönliche Vorstellung der Strategien durch das Büro Project M., die den Prozess begleitet und moderiert haben, vor dem Hintergrund des kurzfristigen Versands der Vorlage sinnvoll gewesen. Abschließend stellt er die Frage, ob der Senat grundsätzlich hinter der Ausrichtung der Strategie stehe. Anlass für die Frage sei ein hohes Maß an Unverbindlichkeit der Finanzierung. Diesbezüglich sei eine exaktere Darstellung der Zahlen notwendig, um die Finanzierung der Tourismusstrategie zu konkretisieren. Weiterhin hinterfragt er, wie z.B. die Steigerung der Übernachtungszahlen erreicht werden solle und erklärt, dass sich für die Fraktion der CDU das Thema Genusskultur nicht erschließe, da einerseits die Plausibilität fehle und andererseits keine Zahlen zu diesem Bereich dargestellt werden können.

Abg. Reinken erklärt, dass der Entwicklungsprozess zur Tourismusstrategie begrüßenswert sei und auch mutige Schritte bezüglich weniger ausgeprägter Themenfelder wie der Genusskultur dazugehören würden. Auch die Gestaltung des Prozesses durch die Beteiligung der Stakeholder sei positiv zu bewerten. Daher begrüße auch die Fraktion der SPD die Vorlage. Er stellt heraus, dass die Ausgestaltung der Themenfelder nicht abgeschlossen sei und eine inhaltliche Schwerpunktsetzung und finanzielle Ausgestaltung über weitere Vorlagen erfolge. Er fordert unter Bezugnahme auf Seite 20 der Vorlage zur städtischen Strategie eine erneute Vorlage zum Ende des Jahres mit der Vorstellung der anvisierten Organisationveränderungen.

Abg. Bücking schließt sich den Ausführungen von **Abg. Reinken** an, dass der Bereich Genusskultur als Thema noch nicht abgeschlossen sei und weitere Schritte notwendig seien. Ferner führt er an, dass erst mit der Haushaltsaufstellung 2020-2021 die erforderlichen, zusätzlichen Finanzmittel eingestellt werden können, um die in den Strategien genannten Projekte und Vorhaben mitfinanzieren zu können. Er merkt zudem an, dass eine

Bezifferung der einzelnen Projekte notwendig sei, um unter anderem die Machbarkeit überprüfen zu können. Indes betont auch er, dass der Kommunikationsprozess mit den Stakeholdern sehr wichtig sei und aufrechterhalten werden müsse. Auch deshalb sei die Vorlage zu begrüßen.

Abg. Pirooznia fragt, wie die weiteren Phasen der Umsetzung aussähen und ob neue Teilnehmer beim Prozess erwünscht seien. In diesem Zusammenhang sollte der zeitliche Rahmen der zweiten Phase für eine weitere Beteiligung Kulturschaffender offen gestaltet werden. In Bezug auf die Äußerungen von Herrn Dr. Redder erklärt er, dass der Bereich Wissenschaften beispielsweise unter Beteiligung von Airbus bearbeitet werde.

Frau Dr. Lübben erläutert, dass der Bereich Sport über die Veranstaltungen in der ÖVB-Arena in die Strategie integriert sei, jedoch kein Kernprofilthema der Tourismusstrategie darstelle. Bezüglich der Finanzen gibt sie an, dass ab dem Jahr 2020 5 Mio. EUR zusätzlich pro Jahr veranschlagen seien.

Abg. Kastendiek merkt an, dass die finanziellen- und personalwirtschaftlichen Auswirkungen in dieser Form nicht in der Vorlage ausgeführt seien.

Staatsrat Siering führt an, dass die dargelegte finanzielle Aufstellung auf die kommenden Jahre zu beziehen sei und demnach die finanziellen- und personalwirtschaftlichen Auswirkungen in dieser Vorlage nicht zutreffend dargestellt seien. Dies sei erst durch weitere Maßnahmen durch das Programm ab 2020 der Fall. Er erklärt des Weiteren, dass die Einzelmaßnahmen und deren Finanzierung zur inhaltlichen Füllung der Profilthemen mit weiteren Vorlagen beschlossen würden.

Beschluss:

1. Die städtische Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt die vorgelegte Tourismusstrategie Stadt Bremen 2025 zur Kenntnis.
2. Die städtische Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt den in der Strategie genannten Schwerpunktsetzungen und Maßnahmen für die Stadt Bremen und erwartet konkrete Entscheidungsvorlagen zu einzelnen Projekten, die diesen inhaltlichen Schwerpunktsetzungen entsprechen.
3. Die städtische Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2020 ff. die erforderlichen Landesmittel für die Umsetzung der Strategie einzuwerben und einzustellen.

Die Beschlussfassung erfolgt bei Enthaltung der Stimmen der VertreterInnen der Fraktionen der CDU und Die Linke.

TOP 17 Tourismusstrategie Stadt Bremen 2025

Vorlage Nr. 19/535-L/S

Beschluss:

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt die vorgelegte Tourismusstrategie Stadt Bremen 2025 zur Kenntnis.
2. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt den in der Strategie genannten Schwerpunktsetzungen und Maßnahmen für die Stadt Bremen und erwartet konkrete Entscheidungsvorlagen zu einzelnen Projekten, die diesen inhaltlichen Schwerpunktsetzungen entsprechen.
3. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2020 ff. die erforderlichen Landesmittel für die Umsetzung der Strategie einzuwerben und einzustellen.

Die Beschlussfassung erfolgt bei Enthaltung der Stimmen der VertreterInnen der Fraktionen der CDU und Die Linke.

TOP 18 Förderung des Fahrradtourismus

hier: Sachbericht zum Projekt "BIKE IT!"

Vorlage Nr. 19/514-L/S

Beschluss:

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt den Bericht zur Kenntnis und stimmt der weiteren Umsetzung der beschriebenen Maßnahmen zu.
2. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, die für die Umsetzung der Maßnahmen erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 49.000€ in den Jahren 2018/2019 im Rahmen der beschlossenen Eckwerte 2018/2019 bereitzustellen.

Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

TOP 19 Verschiedenes

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Abg. Kastendiek schließt die Sitzung der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen – öffentlicher Teil.

Kastendiek
- Vorsitzender -

Für die Protokollführung
Sengstake

Übersicht über die verfügbaren und durch Beschlüsse gebundenen **EFRE-Mittel** aller Ressorts sowie die verausgabten Gesamtmittel

Prioritätsachse	verfügbar ¹⁾	beschlossen ²⁾	verausgabt ³⁾
Achse 1 - Innovation	48.140.858	41.562.240	2.037.675
Achse 2 - KMU	13.012.593	7.453.000	2.289.213
Achse 3 - CO2	18.543.844	4.248.902	2.173.113
Achse 4 - Stadtentwicklung	13.021.921	9.497.100	0
Achse 5 - Technische Hilfe	4.120.854	4.120.854	3.025.712
Programm insgesamt	96.840.070	66.882.096	9.525.712

¹⁾ Hauptzuweisung ohne leistungsgebundene Reserve (6.181.282 Euro = 6 % von 103.021.352 Euro).
Entscheidung über Verfügbarkeit und Zuordnung im Programm fällt erst 2019.

²⁾ In Deputationen, Parlamentsausschüssen oder von der Verwaltung initiierte Projekte (beschlossener EFRE-Anteil).

³⁾ Tatsächlich ist der in den Projekten geltend gemachte Ausgabenstand wesentlich höher. Die Ausgaben wurden aber noch nicht abschließend formalrechtlich geprüft und freigegeben und sind daher noch nicht in der Datenbank erfasst.

Vorhabenliste aller Ressorts

Lfd. Nr.	Gremium	Sitzungsdatum	Vorlage / Projekt	Achse	Laufzeit	beschlossen ²⁾	verausgabt ³⁾
1	Wirtschafts- deputation HaFA	13.11.2014 12.12.2014	City- und Stadtteilmarketing / -management Gröpelingen (Gröpelingen Marketing e.V., inkl. KMU-Beratung)	4	2015	70.000	0
2	Wirtschafts- deputation HaFA	13.11.2014 12.12.2014	City- und Stadtteilmarketing / -management Gröpelingen (Kultur vor Ort e.V., inkl. KMU-Beratung)	4	2015	70.000	0
3	Wirtschafts- deputation HaFA	03.12.2014 12.12.2014	Bremer Programm zur Förderung von Unternehmensgründungen durch Hochschulabsolventen/- innen und Young Professionals (BRUT)	2	2015-17	623.000	0
4	Wirtschafts- deputation HaFA	03.12.2014 12.12.2014	Projektförderung für das Bremerhavener Innovations- und Gründerzentrum (BRIG)	2	2015-17	465.000	0
5	Wirtschafts- deputation HaFA	04.02.2015 13.02.2015	Richtlinie zur Förderung der Teilnahme an Messen und Ausstellungen -Bremisches Messeförderungsprogramm-	1	2015-21	1.800.000	
6	Wissenschafts- ausschuss HaFA	24.02.2015 13.03.2015	Fraunhofer-Institut MEVIS Neubau	1	2015-20	6.000.000	0
7	Wissenschafts- ausschuss HaFA	24.02.2015 13.03.2015	Fraunhofer Anwendungszentrum für Windenergie- Feldmessungen 2. Phase	1	2015-18	950.000	0

Lfd. Nr.	Gremium	Sitzungsdatum	Vorlage / Projekt	Achse	Laufzeit	beschlossen ²⁾	verausgabt ³⁾
8	Wirtschafts- deputation HaFA	30.09.2015	Gründungsstrategie für das Land Bremen (BEGIN)	2	2016-17	915.000	0
9	Wirtschafts- deputation HaFA	02.12.2015	Umbau des ehemaligen Verwaltungsgebäudes der „Deutschen See“, Klußmannstraße (inkl. vorgeschalteter Konzeptstudie Fischereihafen)	3	2016-17	498.902	0
10	Wirtschafts- deputation HaFA	02.12.2015 10.12.2015	City- und Stadtteilmarketing und -management Gröpelingen und Kultur Vor Ort	4	2016-17	280.000	0
11	Wirtschafts- deputation HaFA	10.12.2015 10.12.2015	Bremer Luft- und Raumfahrt-Forschungsprogramm 2020 (LuRaFo)	1	2015-18	5.110.000	0
12	Wirtschafts- deputation HaFA	11.05.2016 20.05.2016	Überseestadt: Entwicklung der Weichen Kante am Wendebecken	4	2016-18	4.358.500	0
13	Wirtschafts- deputation HaFA	11.05.2016 20.05.2016	Maßnahmenpaket Innovationspolitik 2016-20: Förderung von Clustern, Netzwerken und Transfer sowie Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation (FEI)	1	2016-18	5.885.000	0
14	Wirtschafts- deputation HaFA	11.05.2016 20.05.2016	Technische Hilfe	5	2016-21	4.120.854	3.025.712
15	Wirtschafts- deputation HaFA	10.08.2016 16.09.2016	Finanzinstrumente - EFRE-Darlehensfonds und EFRE- Wagniskapitalfonds	1 2 3	2016-19 2016-19 2016-19	5.300.000 3.950.000 3.750.000	2.037.675 2.289.213 2.173.113
16	Wirtschafts- deputation HaFA	07.09.2016 16.09.2016	Revitalisierung Kistner-Gelände in Bremerhaven	4	2016-19	2.030.000	0
17	Wirtschafts- deputation HaFA	26.10.2016 04.11.2016	FuE Infrastrukturen für die Integration des FIBRE in das EcoMaT	1	2017-19	475.000	0
18	Wirtschafts- deputation HaFA	18.01.2017 27.01.2017	Quartiersmeisterei Alte Bürger in Bremerhaven	4	2015-18	396.350	0
19	Wissenschafts- ausschuss HaFA	22.02.2017 03.03.2017	Forschungs- und Verwaltungsgebäude für das Deutsche Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz (DFKI)	1	2017-20	4.400.000	0
20	Wissenschafts- ausschuss HaFA	22.02.2017 03.03.2017	Zukunftskonzept Betriebsfestigkeit Rotorblätter des Fraunhofer-Instituts für Windenergie und Energiesystemtechnik in Bremerhaven (IWES)	1	2017-20	1.644.740	0

Lfd. Nr.	Gremium	Sitzungsdatum	Vorlage / Projekt	Achse	Laufzeit	beschlossen ²⁾	verausgabt ³⁾
21	Wissenschafts- ausschuss HaFA	17.05.2017 09.06.2017	Aufbau einer Forschergruppe „Hochleistungselektronik für Windenergieanlagen“	1	2017-21	752.500	0
22	Wirtschafts- deputation HaFA	27.09.2017 03.11.2017	City- und Stadtteilmarketing und -management (Finanzierung 2018 und 2019)	4	2018-19	280.000	0
23	Wirtschafts- deputation HaFA	15.11.2017 01.06.2018	Ein zukunftsfähiges Gründungsangebot - aus BEGIN wird das START Haus	2	2018-19	1.500.000	0
24	Wirtschafts- deputation HaFA	13.12.2017 26.01.2018	Virtual Product House im EcoMaT: Startprojekt Multifunktionale äußere Steuerungsfläche	1	2018-21	1.220.000	0
25	Wissenschafts- ausschuss HaFA	11.04.2018 20.04.2018	Aufbau einer durchgängigen Prozesskette für das additive Manufacturing von hochbeanspruchten metallischen Bauteilen (IWT - ProAM)	1	2018-20	850.000	0
26	Senat Wirtschafts- deputation HaFA	08.05.2018 13.06.2018 29.06.2018	ESA BIC North Germany: Aufbau und Betrieb eines Start- up Inkubators für die Raumfahrt in Bremen	1	2018-21	1.075.000	0
27	Wirtschafts- deputation HaFA	13.06.2018 29.06.2018	Quartiersmeisterei Lehe in Bremerhaven	4	2015-20	762.250	0
28	Umweltdeputation	16.03.2017	Programm zur Förderung der angewandten Umweltforschung (AUF)	1	2016-21	2.100.000	0
29	Umweltdeputation	16.03.2017	Programm zur Förderung anwendungsnaher Umwelttechniken (PFAU)	1	2016-21	4.000.000	0
30	Umweltdeputation HaFA	14.06.2018 15.06.2018	"Drehscheibe Gröpelingen" Neubau einer Umsteigeanlage	4	2018-22	1.250.000	0

Auflistung der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputationen für Wirtschaft, Arbeit und Häfen in der 19. Legislaturperiode (Stand 22.08.2018)

Anlage 2

Lfd. Nr.	Auftrag/Berichtswunsch	Datum des Auftrages	Fragesteller	Aktueller Bearbeitungsstand / soll vorgelegt werden am
9.	ttz Berichterstattung der Entwicklung	04.11.2015	Abg. Fecker	1 x jährlich (zuletzt: 31.05.2017)
21.	Bremer Beratungsstelle für mobile Beschäftigte und Opfer von Arbeitsausbeutung Evaluierung	10.08.2016	Abg. Rupp	Nach 1 Jahr Laufzeit, Anfang 2018
23.	Kajensanierung im Kaiserhafen III Vorstellung der weiterentwickelten Konzeption	10.08.2016	Abg. Rupp	
25.	Jugendberufsagentur	07.09.2016	Abg. Kastendiek	½ jährlich, (zuletzt: 31.05.2017)
28.	Ergebnis des Markterkundungsverfahrens zum Ausbau der Breitbandinfrastruktur	26.10.2016	Abg. Rupp	
30.	Förderung des Zukunftskonzepts Betriebsfestigkeit Rotorblätter des Fraunhofer-Instituts für Windenergie und Energiesystemtechnik in Bremerhaven (IWES) Zwischenbericht nach erster Projektphase	01.03.2017	Abg. Liess	
36.	LAZLO Umsetzung und Evaluierung	31.05.2017	Abg. Frau Böschen	Zwischenbericht am 13.12.2017 erfolgt, nächster Bericht Ende 2018
38.	Konzept für eine Optimierung der Vergabestrukturen	30.08.2017	Abg. Reinken	Bericht in einem ½ Jahr (Anfang 2018)
40.	Zwischenbericht Enterprise Europe Network EEN Bremen 2015-2020	25.10.2017	Abg. Reinken	Ende 2018
42.	Entwicklung kleinteiliger Gewerbeflächen	07.02.2018	Abg. Reinken	Erneuter Sachstandsbericht im 2. Halbjahr 2018
43.	Ausschöpfung des Eingliederungstitel – Instrumentenbezogene Auswertung	07.03.2018	Abg. Rupp	
44.	Stand der Bremer Vereinbarungen	13.06.2018	Abg. Rupp	19.09.2018
45.	Sachstand Strukturelle Neuaufstellung Tourismusförderung/-entwicklung	13.06.2018	Abg. Reinken	05.12.2018